

## Wer wäscht hier wessen Hand?

Es ist doch erstaunlich, welche ‚(un-)heiligen‘ Allianzen sich manchmal bilden.

Mit der von Gambia 2013 angekündigten Trennung von Kirche und Staat hat sich die Bistumsleitung sicher Fürchterliches vorgestellt. Doch, oh Wunder, es kam 2014 zu einem einvernehmlichen Verhandlungsende und drei Konventionen wurden von Regierung und Erzbischof unterzeichnet. Und was für welche.

Mit der Abschaffung des Religionsunterrichts wurde dem Bistum die Sorge der fehlenden Religionslehrer genommen, die wie ein Damoklesschwert über den Grundschulen und Gymnasien schwebte. Denn im Bistum braucht sich nun niemand mehr, um die Besetzung der freien Stellen zu kümmern. Hier konnte Minister Meisch mit dem Ersatzfach „Vie et société“ eine patente Lösung anbieten.

Was das Staatsgehalt der Pfarrer angeht, so hat das „*pacta sunt servanda*“ die momentan aktiven Personal-Schäflein im Trockenen belassen und vor einer radikalen Kürzung ihres Lohnes bewahrt. Was in Zukunft da kommen wird aus dem Priesterseminar, wird schon irgendwie bezahlt werden können, denn der Ansturm auf Letzteres hält sich eh in Grenzen. Hier konnte Kultusminister Bettel in Rahmen seiner Sparmaßnahmen und der ihm so lieb gewonnenen Neutralität des Staates auch ein Zeichen setzen.

Und dann sind da noch diese seit 200 Jahren ach so lästigen Kirchenfabriken. Seit Napoleon mit dem Dekret von 1809 die Macht des Klerus über Kirchengüter gebrochen hat, sind die Kirchenfabriken nicht nur ein Dorn im Auge der klerikalen Obrigkeit, sondern ein Balken. Denn mit der Schaffung von entscheidungsbefugten Kirchenräten auf lokaler Ebene, verhinderte Napoleon die alleinige Machtausübung über die weltlichen Güter durch die Bischöfe und Pfarrer. Doch auch hier kann der willige Innenminister Kersch dem Erzbistum helfend zu Seite stehen, denn nur mit Hilfe des Parlamentes ist es möglich die Kirchenfabriken abzuschaffen und zu enteignen. Dadurch und durch die Schaffung eines „Fonds“ wird dem Erzbischof und seinem Klerus endlich wieder die alte vornapoleonische Macht zurückgegeben, da nach der Abschaffung des Dekrets gemäß Kirchenrecht, alle Laien nur noch Beratungsrecht haben und die Kleriker wieder schalten und walten können, wie es ihnen beliebt. Und im Gegenzug können die Gemeinden jährlich ca. 2% (Zahlen der Gemeinde Wintger) ihres Gesamtbudgets einsparen, der bislang in den Kultus geflossen ist.

Ob mit all dem die eigentlich Betroffenen, die Eltern, deren Kinder, „Fir de Choix“, die Pfarrer und hauptamtlichen Laien, die Gläubigen oder gar die Kirchenfabriken und ihr Syndikat SYFEL einverstanden waren oder sind, ist offensichtlich gleichgültig, denn Gambia und Ordinariat haben ja für sie entschieden. Welch ein Meilenstein der Demokratie.

Christiane Gnad